
26. März 2011 - 00:04 Uhr · Alexander Zens · Wirtschaft

Wirtschaft

Millionenbetrug mit Heizkraftwerken? Deutscher Skandal erreicht Österreich

LINZ. 30 Prozent Jahresrendite für eine Investition in Heizkraftwerke: Das hat die insolvente Nürnberger Firma GFE Anlegern versprochen. Die Behörden ermitteln wegen Betrugsverdachts. Oberösterreicher haben zehntausende Euro verloren.

Die Affäre schlägt in Deutschland hohe Wellen. Mehr als 1000 Anleger sind betroffen, die Schadenssumme soll rund 50 Millionen Euro betragen. Zwei Gesellschaften der GFE-

Firmengruppe sind insolvent, die Justiz ermittelt wegen Verdachts auf gewerbs- und bandenmäßigen Betrug. Es gibt 23 Beschuldigte, sieben Verantwortliche sind in Untersuchungshaft.

Anhand eines Anlegers aus Oberösterreich lässt sich veranschaulichen, wie der mutmaßliche Betrug funktioniert hat. Der Betroffene kaufte im September 2010 bei der GFE Energy AG in der Schweiz ein Blockheizkraftwerk mit 50 Kilowatt Leistung um 45.000 Euro, hat es aber nie zu Gesicht bekommen. Die Gesellschaft sollte das Gerät an die GFE in Nürnberg liefern, die damit Strom aus Rapsöl erzeugt und zu geförderten Preisen ins Netz einspeist.

Pachtzins blieb aus

Der Oberösterreicher bekomme als Eigentümer des Kraftwerks einen Pachtzins von monatlich 1500 Euro, hieß es. Über zehn Jahre ergäbe das eine Rendite von 30 Prozent per annum. Einmal wurde das Geld überwiesen, dann nicht mehr.

Sechs andere Oberösterreicher sind ebenfalls in die Falle getappt. Laut Jochen König von der deutschen Kanzlei Raab und Kollegen, der Insolvenzverwalter der GFE Production GmbH ist, wurden Informationsschreiben an 45 österreichische Adressen geschickt. Darunter können neben Anlegern auch Vermittler sein.

Es bestehe der Verdacht, dass die Beschuldigten von Anfang an beabsichtigten, nur so viele Blockheizkraftwerke herzustellen und in Betrieb zu nehmen, wie es zur Vorspiegelung eines tatsächlich nicht existierenden Geschäftsbetriebs erforderlich gewesen sei, sagt Antje Gabriels-Gorsolke, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth. Es wird ein Schneeballsystem dahinter vermutet.

König sagt, dass bisher nicht annähernd so viele Motoren und Container gefunden worden seien wie es bei offiziell mehr als 2000 Pachtverträgen brauchen würde. Ein TÜV-Gutachten ergab, dass der Wirkungsgrad eines vorhandenen Kraftwerks rund 30 Prozent beträgt, nicht wie von der Firma angegeben 80 Prozent. Die Kosten hätten die Erlöse aus der Netzeinspeisung bei weitem überstiegen.

Drei Chancen für Anleger

Der oberösterreichische Anwalt Christian Lutz von der Kanzlei Hasch & Partner vertritt zwei Anleger. Es gebe drei Stoßrichtungen, um Geld zurückzuholen, sagt er. Erstens im Insolvenzverfahren. Forderungen müssen bis Mitte April angemeldet werden. „Zweitens werden wir gegen den Berater, der das Produkt vermittelt hat, und die Wertpapierfirma, für die er arbeitet, vorgehen“, sagt Lutz. Drittens könne man bei der – nicht insolventen – Schweizer Gesellschaft versuchen, eine Rückabwicklung des Vertrags zu erreichen. Diese Ansatzpunkte zählt auch Anwalt Steffen Liebl von der Kanzlei CLLB in München, die 100 Anleger vertritt, zu den Vielversprechendsten.

Für die Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

[Bild vergrößern](#)



Bild: OÖN Grafik

Quelle: OÖNachrichten Zeitung

Artikel: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,582295>

© OÖNachrichten / Wimmer Medien 2011 · Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung